Wolfgang Petritsch: Außenkulturpolitik und Krisenmanagement

Workshop: Kulturdiplomatie heute: Zwischen Repräsentation, Soft Power und transversalen Netzwerken
Österreichische Akademie der Wissenschaften Universität für Musik und Darstellende Kunst
Wien 29.-30. Oktober 2012

Bei meinen Überlegungen, was ich zum Thema dieses Workshops beitragen kann, sind mir erst auf den zweiten Blick Zweifel gekommen, ob nicht gar im Titel doch ein grundlegender Widerspruch steckt. Passen denn eigentlich – habe ich mich gefragt – die Begriffe *Kultur* und *Diplomatie* überhaupt zusammen? Kann, ja soll man die beiden so ohne weiteres zum *topos Kulturdiplomatie* verknüpfen?

Warum ich mich das frage hat folgenden Grund:
Kunst, Kultur, wie er in liberal-demokratischen Gesellschaften verstanden wird – wie auch ich den Begriff verstehe – ist *radikal* im ursprünglichen Sinn des Wortes. Wir wissen aber auch, dass Kultur vielfach etwas Bewahrendes, Sinnstiftendes an sich hat und affirmativ aufritt.
Diplomatie wird zwar oft eine Kunst genannt, ist aber – heute womöglich mehr als in der Vergangenheit – die professionell organisierte Suche nach dem friedlichen Kompromiss.
Bei dieser Suche aber werden – Machtinteressen und situative Einschränkungen sind allgegenwärtig – nicht selten elementare Grundsätze der allgemeinen Moral und Fairness zugunsten einer – oft fragwürdigen – sogenannten friedlichen Lösung ignoriert oder gar verletzt. Hierin jedenfalls unterscheiden sich Kultur und Diplomatie.

Ein Blick zurück zeigt, dass Außenkulturpolitik in Zeiten des Kalten Krieges als integraler Bestandteil einer nationalstaatlich fundierten *Public Diplomacy* verstanden wurde. Kulturpolitik war als Teil der amerikanischen *Policy of Containment* fest im Ost-West Kontext verankert. Insofern könnte man *Public Diplomacy* auch als ursprüngliche Form von *Soft Power* charakterisieren (Joseph Nye hat den Begriff erst 2004 in den internationalen Diskurs gebracht).
Aber bereits ab den frühen 1990er Jahren – als kurz nach der Implosion des kommunistischen Herrschaftssystems – ist eine von der Zivilgesellschaft und rasch auch kommerziell getriebene breite Auffächerung kultureller Aktivitäten in den zwischenstaatlichen Beziehungen feststellbar. Globalisierung, digitale Revolution und die rasante Vervielfältigung von Information, Ideen und kulturellen Identitäten, – die Transformation von Kunst und Kultur zu Event und Entertainment – haben die traditionellen kulturellen Kategorien sozusagen liquid und durchlässig gemacht.

Heute sprechen wir bereits von einem *postglobalisierten Wahrnehmungsraum*, in dem sich Staaten – auch die EU – neu positionieren müssen. Neue Inhalte und Formen fördern Konkurrenzverhalten mit privaten Unternehmen und kommerziellen Medien – den neuen ebenso wie den traditionellen. Staaten und ihre diplomatischen Vertreter haben ihre kulturelle Hegemonie sukzessive einerseits an privatwirtschaftliche und andererseits an zivilgesellschaftliche Akteure abgegeben.
Parallel haben *Public-Private-Partnerships* seit den 1980er Jahren unter neokonservativen Vorzeichen zugenommen. Wie vor allem in wirtschaftlichen Belangen, ist auch das weite Feld der Kultur vom Mythos ökonomischer Rationalität und institutioneller Effizienz nicht verschont geblieben. Das Kooperative, Solidarische, die *res publica*, ist zweckrationalem Wettbewerbsdenken gewichen.

Das aber konnte nicht ohne Auswirkungen auf das Feld internationaler Beziehungen bleiben. Besonders markant zeigt sich dies auf dem Gebiet der militärisch-diplomatischen Krisenintervention, des Wiederaufbaus und des sogenannten *State Building,* wo es ziemlich rasch zu so etwas wie einer horizontalen Arbeitsteilung gekommen war:
Staatliche Agenturen managen den militärisch-politisch-ökonomischen Part; NGOs kümmern sich um die *soft issues* Humanitäres, Menschenrechte und eben Kultur.
Dieses Konzept der sogenannten *Mehrebenen-Diplomatie* ist nicht frei von Problemen, wie wir aus Bosnien, Kosovo oder vor allem aus dem Irak und Afghanistan wissen. Und zwar für alle Betroffenen.

Analog zum *humanitarian space*, der die Trennung von militärischen Aktionen der Interventionsmächte von humanitären Aktivitäten postuliert,, könnte man im Zusammenhang meiner Ausführungen einen *cultural space* – einen *kulturellen Freiraum* - einfordern, der solche Aktivitäten sichtbar und eindeutig vom politischen Zweck des Krisenmanagements trennt. Die Vereinten Nationen versuchen deren praktische Umsetzung und fordern in zwei Resolutionen eine *Kultur des Friedens*.
Die Europäische Union, deren *pazifistischer* Gründungmythos mit der Überreichung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2012 in Erinnerung gerufen – und als Auftrag neu postuliert - wurde, steht dem nicht nach. Tatsächlich verweist Brüssel in zahlreichen Dokumenten und Strategiepapieren wiederholt auf die Rolle der Kultur zur Etablierung friedensfördernder Wertevorstellungen in Nachkriegsgesellschaften. Und das mit Recht.
Steht doch Europa – trotz momentaner Krise – weltweit für ein Gesellschaftsmodell, das die schwierige Grätsche zwischen Frieden, Wohlstand und sozialer Absicherung versucht. Daher unterstreicht der *Bericht über die kulturellen Dimensionen der auswärtigen Politik der EU* die Rolle der Kultur – im Aufbau einer friedlichen Gesellschaft, in der Krisenprävention ebenso wie im Konfliktmanagement – im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im EAD (Europaeischer Auswärtiger Dienst).
Man muss sich jedoch angesichts der europäischen Erfahrungen, vom ehemaligen Jugoslawien bis nach Afrika, im Nahen Osten oder in Afghanistan fragen, was Kultur in diesen Krisen- und Konfliktregionen tatsächlich leisten kann – präziser noch: ob, und wenn ja, wie sie sich dort überhaupt engagieren soll. Denn mit diesem expliziten Ansatz werden bei internationalen Interventionen neben den traditionellen sicherheits- und entwicklungspolitischen Akteuren (Militärs, Diplomaten, Juristen, Verwaltungsfachleuten, Ökonomen) auch Kulturmanager und Kunstschaffende in die breite Verantwortung des Wiederaufbaus genommen.

Kulturelle Programmarbeit soll sich gemäß den Vorstellungen von UNO und EU in die politische Agenda zum Aufbau von Demokratie, liberaler Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit ein- womöglich unterordnen.
Wie leicht vorstellbar, keine unproblematische Sache, gelangt man doch damit rasch in den Verdacht des neokolonialen Eurozentrismus oder jedenfalls eines westlichen kulturellen *Bias* unter dem Deckmantel humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe.
Um mögliche Missverständnisse und Missbrauch hintanzuhalten, muss auch in hartnäckigen Krisensituationen die Integrität und Freiheit von Kunst und Kultur gewährleistet bleiben.

Hinter den friedenspolitischen Konzepten der EU versteckt sich aber mehr, wie ich meine. Diese Position – ein früher Vorläufer ist die US Kulturpolitik nach 1945 in Westeuropa –

impliziert gewissermaßen *die Heilung der Welt durch die Kunst*. Wenn dies intendiert wäre, dann müsste man bürokratische Idealisten auf den Boden der Wirklichkeit zurückholen. Daher meine Feststellung: Kunst bringt vieles hervor, aber keinesfalls Frieden; hierzu bedarf es ökonomischer, sozialer und demokratiepolitischer *Vorarbeit*.
Und nicht selten tragen Kunst und Kultur Mitverantwortung für Konflikte und Kriege, werden zu je eigenen propagandistischen Zwecken missbraucht. Spontan fallen mir dazu die politisierenden Dichter und Denker Serbiens, Bosniens oder Kroatiens ein.

Das freilich heißt nicht, dass kulturellen Aktivitäten – verstanden als selbstreflektierendes Korrektiv – im Management von Konflikten, beim Aufbau von Staaten, keine Rolle zukommt. Im Gegenteil. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang bloß, dass es zu keinen Missverständnissen über Rollenverständnis und Aufgabenteilung, nämlich zwischen Regierungen – jenen vom Konflikt betroffenen genauso wie den Intervenierenden – und den NGOs, der kulturellen Zivilgesellschaft, kommt.
In diesem Zusammenhang ist auf die kritische Rolle der Massenmedien hinzuweisen. Sie sind gleichermaßen ambivalenter Akteur und Transmissionsriemen, Verstärker und Beeinflusser in einem. Möglichkeiten und Wirksamkeit dieser Mehrebenen-Diplomatie sind heute insbesondere vom Fernsehen, zunehmend auch von den *social media*, bestimmt.
Dabei geraten traditionelle Akteure – seien es einzelne Staaten, die supranationale EU oder multilaterale Organisationen wie die UN – rasch in die mediale Kritik. NGOs, wiewohl formaldemokratisch nicht legitimiert, genießen üblicherweise einen größeren Freiraum, sind oft glaubwürdiger als offizielle Information und staatlich geförderte Kultur. Dies aber stellt eine schwierige Herausforderung gerade für das internationale Krisenmanagement dar.

Lassen Sie mich abschließend zurückkommen zur Europäischen Union und dem im Aufbau befindlichen *External Action Service* und der möglichen Rolle der Kultur in den internationalen Beziehungen der EU.

Dazu ein paar meines Erachtens wichtige Punkte:

1. Kunst und Kultur in EU-Kontext muss sich vom traditionellen Schema staatlicher Kulturvermittlung gründlich unterscheiden. Es kann keine europäische Fortsetzung nationaler Kulturpräsentation sein (wiewohl dem Nationalstaat nach wie vor wichtige Aufgaben zufallen – jedoch als *part and parcel* europäischer, auch globaler Kulturpolitik).

2. Europäische Kulturvermittlung darf keine *Einbahnstraße* sein, jede Abgrenzung und Monopolisierung wäre schädlich und führt unweigerlich in die Sackgasse *identitärer* Politik. Daher sind Öffnung, Rückkoppelung, Austausch, *Mutuality* und europäische Grenzüberschreitung wichtig.

   Zahlreiche Initiativen, ich nenne hier die *Europäische Kulturstiftung*-ECF in Amsterdam, zeichnet diese Haltung aus.
   Der von der ECF vor Jahren ins Leben gerufene und höchst erfolgreiche *Balkan Incentive Fund for Culture* (BIFC) – Gottfried Wagner war damals federführend tätig – übersiedelt 2013 nach Sarajevo, um den unabhängigen Kultursektor in *Südosteuropa* zu stärken.

Die vor einem Jahr in Brüssel gestartete Initiative *More Europe – External Cultural Relations* ist ein weiteres zivilgesellschaftliches Projekt mehrerer europäischer NGOs und nationaler Kulturinstitute, ein Projekt, das sich die Stärkung der kulturellen Dimension der EU-Außenbeziehungen zum Ziel gesetzt hat. (Österreich ist durch Gottfried Wagner führend beteiligt)

3. Darüber hinaus aber sind EU-Investitionen in die kulturelle Infrastruktur, in die *hardware*, wenn Sie wollen, unabdingbar: *Europäische Plattformen* etwa könnten KünstlerInnen und Kulturschaffenden ohne nationalen *Marker* weltweit zur Verfügung gestellt werden.

4. Wenn ich nun auf Österreich zurückkomme – im globalen Kontext figuriert bekanntlich *Kultur* als USP unseres Staates -, so deshalb, da ich der Überzeugung bin, dass in der österreichischen Außenpolitik kulturelle Aspekte das Konfliktmanagement thematisch erweitern könnten. Zum Beispiel im Rahmen der Ausbildung an der Diplomatischen Akademie, dem Cluster für Konflikt-, Friedens- und Demokratieforschung der Alpen-Adria Universität Klagenfurt, der Friedensburg Schlaining oder dem Wiener Herbert C. Kelman Institut für interaktive Konflikttransformation.

Stets aber soll der Grundsatz gelten, Kulturdiplomatie nicht mehr als Instrument der traditionellen Macht-zentrierten Außenpolitik zu verstehen, sondern als relativ autonomer, integraler, allerdings ohne Selbstreflexion immer auch *riskierter*, auch der Instrumentalisierung nicht abholder Bestandteil des breiten kulturellen Sektors der Union und seiner Mitgliedsstaaten.

Lassen Sie mich mit dem Offensichtliche enden: Europäische Kulturpolitik muss weg kommen von bloßer Repräsentation und Selbstdarstellung, und hin zu einer Haltung, die kulturelle Leistung *per se*, Dialog, Kritik und Kooperation in den Mittelpunkt rückt.
Eine so verstandene europäische Kulturarbeit hätte dann in der Tat Chancen, als wahrhaftig und radikal wahrgenommen zu werden; als Zeichen und realer Teil einer lebendigen und demokratischen Gesellschaft in all ihren Widersprüchen und Sensibilitäten.
Das aber könnte gerade den Menschen in Krisengebieten wie jenen des ehemaligen Jugoslawien, im Nahen Osten, in der Welt des *Arabischen Frühlings* oder in Afghanistan eine mögliche neue Sicht auf ihre je eigenen Lebensbedingungen, auf ihre spezifische Kultur, eröffnen.